



Nr. 49

11. Dezember 2013

Inhalt

[Gesetzlich verordnete Tarifeinheit „funktioniert nicht und ist verfassungs-rechtlich bedenklich“+++](#)

[dbb startet Nachwuchskampagne für öffentlichen Dienst:](#)

[„Die Unverzichtbaren“+++](#)

[Altersdiskriminierungsfreie Besoldung – dbb fordert](#)

[Bundesinnenminister zu Musterverfahrensvereinbarung auf+++](#)

[Qualitätsrahmen für Praktika – dbb jugend: Vorschläge gehen nicht weit genug+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NBB will Neuregelung des Zuschlags für begrenzt dienstfähige](#)

[Beamte rechtlich prüfen+++](#)

[tbb zu Regierungsgutachten: „Reförmchen“ besser](#)

[als Kaputtsparen+++](#)

[BDZ sieht Probleme bei Maut und Kfz-Steuer+++](#)

[DPoIG wehrt sich gegen Vorwürfe von Telekom-Chef+++](#)

[GDL erklärt Scheitern der Tarifverhandlungen mit der DB zum](#)

[Zukunft-Tarifvertrag+++](#)

[Öffentlicher Gesundheitsdienst will NS-Vergangenheit](#)

[aufarbeiten+++](#)

[BTE würdigt Anteil der Messtechniker an OPWC-Arbeit+++](#)

[Lehrerverbände fordern bessere MINT-Bildung+++](#)

[DPhV warnt vor Lehrern ohne Ausbildung+++](#)

[BLBS nach PISA: Wir sind auf dem richtigen Weg+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Gesetzlich verordnete Tarifeinheit „funktioniert nicht und ist verfassungsrechtlich bedenklich“

(dbb) Im Koalitionsvertrag enthaltene Pläne für eine gesetzlich geregelte Tarifeinheit nach dem Muster „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ stoßen beim dbb weiter auf Gegenwehr. Damit würden der stärkeren Gewerkschaft Alleinvertretungsrechte zugebilligt, während einer kleineren Gewerkschaft die Beteiligung am Tarifgeschäft versagt wird, stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt im Gespräch mit der „Rheinpfalz“ (Ausgabe vom 10. Dezember 2013) fest. „Damit wird Einfluss genommen auf die Frage, wo man sich organisieren kann. Da sagen wir: Das funktioniert technisch nicht und das ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich.“

„Es ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass alle Vereinbarungen in einem Koalitionsvertrag der Verfassung genügen“, sagte der dbb Chef mit Blick auf die „flankierenden Verfahrensregeln“, auf die im Koalitionsvertrag im Passus zur Tarifeinheit hingewiesen wird. „Wenn das dennoch ausdrücklich reingeschrieben wird, zeigt das, dass die Politik die Problematik sieht, dass die Koalitionsfreiheit in Artikel 9 des Grundgesetzes tangiert werden könnte, wenn der Gesetzgeber einer Gewerkschaft den Vorrang gibt bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen.“

Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken stelle sich die Frage, was eigentlich ein Betrieb ist. „Ist der öffentliche Dienst ein Betrieb? Sind alle Länder ein Betrieb? Oder wird jetzt jedes Finanzamt und jede Schule als eigener Betrieb gerechnet? Im öffentlichen Dienst kann das nur zum Chaos führen“, gab Dauderstädt zu bedenken. Zudem sei die Idee der großen Einheitsgewerkschaft keine Garantie für weni-

ger Streiks, wie die jüngsten Arbeitskämpfe auf Flughäfen erneut gezeigt hätten.

Wenn ein Gesetzentwurf zum Thema Tarifeinheit kommt, werde es „eine breite Widerstandsfront auf Gewerkschaftsseite geben“, zeigte sich der dbb Chef überzeugt. Sollte in der Kernfrage, wer verhandeln darf, im Falle mehrerer Gewerkschaften tatsächlich das Mehrheitsprinzip den Ausschlag geben, „werden wir dagegen politisch vorgehen. Und wenn das nichts hilft, werden wir ein solches Gesetz in Karlsruhe kippen“, kündigte Dauderstädt an.

Zur nahenden Einkommensrunde für Bund und Kommunen sagte er: „Bezahlung wird das Hauptthema sein, es geht um eine spürbare Anhebung der Gehälter. Das ist auch angesichts der demografischen Entwicklung notwendig, damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt.“

(01/49/13)

dbb startet Nachwuchskampagne für öffentlichen Dienst: „Die Unverzichtbaren“

(dbb) Eine bundesweite Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst hat der dbb beamtenbund und tarifunion am 7. Dezember 2013 gestartet. „Deutschlands öffentlicher Dienst droht bei einem aktuellen Fehlbedarf von über 100.000 Fachkräften und mehr als 700.000 altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten in den kommenden Jahren seine Leistungsfähigkeit zu verlieren. Der demografische Wandel tut ein Übriges und erschwert die Nachwuchssuche zunehmend“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zum Kampagnenstart. „Wenn wir nicht Schiffbruch erleiden wollen, müssen wir jetzt und auf breiter Front um qualifizierte und motivierte Talente kämpfen – sie sind ebenso unverzichtbar wie der öffentliche Dienst selbst.“

Der dbb als gewerkschaftlicher Dachverband der Beschäftigtenorganisationen des öffentlichen Dienstes übernehme deswegen jetzt mit der Kampagne Zukunftsverantwortung und sende zugleich eine Botschaft an Politik, Arbeitgeber und Dienstherren, so der dbb Chef:

„Wir müssen unverzüglich handeln, um Deutschlands öffentlichen Dienst fit für künftige Herausforderungen zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unser Land, unser Gemeinwesen und die Wirtschaft weiterhin auf

diesen stabilen und modernen öffentlich Dienstleister verlassen können.“

Unter dem Claim „Die Unverzichtbaren“ machen in den kommenden fünf Jahren an rund 9.000 Schulen Plakate und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Sektor und weisen auf das Internetportal www.die-unverzichtbaren.de hin, das Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und einen interaktiven Berufsfinder bietet. In Videos und Blogs berichten junge Beschäftigte und Auszubildende über ihre Arbeit und ihre Motive. Auch im sozialen Netzwerk „Facebook“ haben die Un-

verzichtbaren einen Account:

www.facebook.com/die-unverzichtbaren. Ein weiteres Element der Kampagne ist eine Lehrermappe „Öffentlicher Dienst“ mit einer komplett aufbereiteten Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 zum öffentlichen Sektor und seinen Berufen, die den Pädagogen an 5.000 Schulen jährlich bundesweit zur freien Nutzung angeboten wird. Parallel zum Kampagnenstart gibt es begleitende PR-Maßnahmen, insbesondere U-Bahn-Fernsehen und U-Bahn-Plakate sowie Inserate in Ausbildungsmagazinen.

(02/49/13)

Altersdiskriminierungsfreie Besoldung – dbb fordert Bundesinnenminister zu Musterverfahrensvereinbarung auf

(dbb) Mit Blick auf mögliche besoldungsrechtliche Auswirkungen der Schlussanträge, die der Generalanwalt Ende November vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Sachen altersdiskriminierungsfreie Besoldung abgegeben hat, hat der dbb am 6. Dezember 2013 in einem Schreiben Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich aufgefordert, dem Abschluss einer Musterverfahrensvereinbarung mit dem dbb zuzustimmen. So könne eine Vielzahl von Verwaltungsvorgängen und –gerichtsverfahren im eigenen Interesse und dem der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten vermieden werden, stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in seinem Brief fest.

Das Verwaltungsgericht Berlin hatte dem EuGH mehrere Verfahren mit der Bitte um Klärung vorgelegt, ob die Bemessung des Grundgehalts nach Besoldungsdienstalter – und ein darauf aufbauendes Überleitungsrecht mit Besitzstandswahrung – eine Diskriminierung wegen des Alters und daher einen Verstoß gegen die Richtlinie 2000/78/EG darstellt. Der Generalanwalt hatte in den Schlussanträgen die Ansicht vertreten, dass sowohl das bis 31. August 2006 gültige Besoldungsrecht als auch darauf fußendes Überleitungsrecht nach dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz als diskriminierend anzusehen ist.

Der dbb Chef verwies darauf, dass nach den bisherigen Erfahrungen „in der überwiegenden Anzahl der Fälle davon auszugehen ist, dass der Europäische Gerichtshof den Schlussanträgen folgt“. Welchem Beamten in welcher Höhe etwaige Ansprüche zustehen und in welcher Form eine Umsetzung der Rechtsprechung auf das Besoldungsrecht des Bundes zu erfolgen hat, könne noch nicht abschließend beurteilt werden. Jedoch habe der Generalanwalt die Auffassung vertreten, dass im Falle der Feststellung einer unionsrechtswidrigen Diskrimi-

nierung diese nur dadurch beseitigt werden kann, dass „die diskriminierten Beamten in dieselbe Besoldungsstufe eingestuft werden, wie ein älterer Beamter, der über eine gleichwertige Berufserfahrung verfügt“. Sollte sich der EuGH dieser Meinung anschließen, so Dauderstädt, würde Artikel 3 des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes einen Verstoß gegen die Richtlinie 2000/78/EG darstellen und könnte damit nicht mehr Rechtsgrundlage für die Gewährung einer altersdiskriminierungsfreien Besoldung sein.

Der dbb Chef bat um Verständnis dafür, dass der dbb vor diesem Hintergrund seinen betroffenen Mitgliedern zur Rechtswahrung geraten hat, noch im Jahr 2013 bei ihrem jeweiligen Dienstherrn einen Widerspruch gegen die ihnen gewährte Besoldung und einen Antrag auf altersdiskriminierungsfreie Besoldung zu stellen. Die vorgeschlagene Musterverfahrensvereinbarung sollte – wie in anderen Fällen – eine Regelung darüber enthalten, dass eine einmalige Widerspruchseinlegung / Antragstellung zur Rechtswahrung ausreicht, so Dauderstädt. Er bot zugleich die Unterstützung des dbb für eine eventuell notwendige diskriminierungs-

freie Neugestaltung des Besoldungs- beziehungsweise Besoldungsüberleitungsrechts an.

(03/49/13)

Qualitätsrahmen für Praktika – dbb jugend: Vorschläge gehen nicht weit genug

(dbb) Am 4. Dezember 2013 hat die Europäische Kommission ihren lang erwarteten Vorschlag für einen Qualitätsrahmen für Praktika vorgelegt. Grundlage sind ausführliche Konsultationen der Sozialpartner in Europa, an denen sich auch der dbb beteiligt hat. „Praktika sollen kein Selbstzweck sein, sondern jungen Menschen dabei helfen, einen besseren Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Die Kommission schlägt hier einige Verbesserungen des Status Quo vor, leider gehen diese aber nicht weit genug“, kommentierte die Vorsitzende der dbb jugend Sandra Kothe den Kommissionsvorstoß.

„Praktika sind ein Baustein beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Sie sollen vor allem Perspektiven für junge Menschen eröffnen. Derzeit werden aber häufig hochqualifizierte Praktikanten als kostenlose Arbeitskräfte herangezogen. Dadurch werden teilweise sogar Normalarbeitsverhältnisse verdrängt. Das darf künftig nicht mehr vorkommen“, ergänzte dbb jugend Vize Michael Gadzalla.

Positiv bewertete Kothe die Verknüpfung von Qualitätsrahmen und Jugendgarantie, bei der jungen Menschen unter 25 nach spätestens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Ausbildung,

eine feste Einstellung oder ein Praktikum angeboten werden soll. „Wenn jungen Menschen als Hilfe zum Berufseinstieg ein Praktikum angeboten wird, muss auch sichergestellt werden, dass es gewisse Qualitätsstandards gibt.“ Hier setze der Vorschlag der Kommission erste gute Akzente, so Kothe. Allerdings zeige die Lebenswirklichkeit vor allem vieler junger Akademiker auch, dass der Berufseinstieg häufig erst nach dem 25. Lebensjahr beginne. Deshalb wiederholte sie ihre Forderung, den Rahmen der Jugendgarantie flexibler zu gestalten.

(04/49/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NBB will Neuregelung des Zuschlags für begrenzt dienstfähige Beamte rechtlich prüfen

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund NBB hält eine eingehende rechtliche Prüfung der Neuregelung des Besoldungszuschlags begrenzt dienstfähiger Beamtinnen und Beamter für erforderlich. Der niedersächsische Landtag soll die Neuregelung „in dieser Woche beschließen“, teilte der NBB am 9. Dezember 2013 mit.

Zugleich kritisierte der niedersächsische Landesbund, man habe bedauerlicherweise sehr kurzfristig Kenntnis davon erhalten, dass über einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen zum Haushaltsbegleitgesetz 2014 die Problematik der angemessenen Erhöhung des Zuschlags bei begrenzter Dienstfähigkeit geregelt werden soll. „Wir haben seit langem - erstmals im Januar 2012 - gegenüber dem Finanzministerium eine entsprechende Forderung erhoben“, sagte der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer am 9. Dezember 2013 und verwies auch auf ein Gespräch mit dem niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, in dem er seine

Zweifel ausgedrückt hatte, dass die angekündigte Erhöhung hinreichend sei.

Schäfer weiter: „Warum ein Ersatz der bisherigen Verordnung durch eine gesetzliche Norm so kurzfristig notwendig war, erschließt sich uns nicht. Eine detaillierte Überprüfung ist uns aktuell nicht möglich, weil die Begründung zu der beabsichtigten Änderung keine konkreten Berechnungsbeispiele enthält.“ Das Mindeste, was die Betroffenen hätten erwarten können, wären laut Schäfer die Darlegung der dem Entwurf zugrundeliegenden Berechnung sowie eine Diskussion darüber gewesen.

(05/49/13)

tbb zu Regierungsgutachten: „Reförmchen“ besser als Kaputtsparen

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb hat am 6. Dezember 2013 in einer Stellungnahme das Regierungsgutachten zur angekündigten Behörden-, Verwaltungs- und Gebietsreform bewertet. Wer erwartet hatte, dass mit der Reform und der damit verbundenen Reduzierung des Thüringer öffentlichen Dienstes „auf zyprisches Niveau“ alle Finanzierungsprobleme bewältigt seien, „der muss jetzt enttäuscht sein“, erklärte der tbb.

Der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hatte der tbb bereits Anfang November Realitätssinn bescheinigt – dieser sei keine Schwäche. „Besser ein verantwortungsbewusstes ‚Reförmchen‘ als eine verantwortungslose Zerschlagung von Strukturen, mit der Thüringen kaputtgespart wird“, hatte der dbb Landesvorsitzende Helmut Liebermann gesagt.

Inzwischen hatte der tbb die Fachgewerkschaften unter seinem Dach gebeten, zu den konkreten Vorstellungen der Regierung im Gutachten Stellung zu nehmen. Positiv sei die Er-

kenntnis, dass etwas getan werden muss. „Dass die Landesregierung Monate gebraucht hat, um dieses Ergebnis zu präsentieren, ist schon sehr bedenklich“, konstatierte Liebermann. „Das groß angekündigte Konzept der Regierungskommission wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt.“ So sei aus tbb-Sicht eine Verwaltungsreform ohne Gebietsreform nicht zielführend. Zudem müsse von oben nach unten reformiert werden, an der Anzahl der Ministerien wurde aber nicht gerüttelt. (06/49/13)

BDZ sieht Probleme bei Maut und Kfz-Steuer

(dbb) Die Umsetzung der Pkw-Maut, eines zentralen Vorhabens im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, durch das „kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute“, droht laut „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 6. Dezember 2013) „in einem großen Chaos zu versinken“. Alle Autobahnbenutzer müssten dann eine Vignette kaufen, deutsche Autofahrer sollen über eine Gutschrift bei der Kfz-Steuer dafür entschädigt werden.

Von Mitte 2014 sind aber nicht mehr die Länder für die Kfz-Steuer zuständig. Diese soll dann vom Zoll eingetrieben werden. Schon jetzt winkt der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Klaus H. Leprich, laut dem Bericht in Sachen Pkw-Maut ab. „Wenn nun auch noch die Aufgabe auf den Zoll zukommen sollte, bei der Vignettenlösung für die Kompensation über die Kfz-Steuer zu sorgen, prophezeie ich fundamentale Umsetzungsschwierigkeiten“, sagte Leprich. „Wenn der Zoll 2014 die Kfz-Steuer schultert, ist unsere Personalausstattung schon sehr bedenklich auf Kante genäht.“

Schon die reine Erhebung der Kfz-Steuer bringt den Zoll ins Schwitzen, schreibt das Blatt weiter. Zunächst sollten 1.771 Mitarbeiter, die aufgrund der Bundeswehr-Reform in der Verwaltung nicht mehr beschäftigt werden, zum Zoll gehen und die Aufgabe übernehmen. Doch daraus wurde nichts, weil die Bundes-

wehr noch nicht auf so viele Beamte verzichten konnte. Nun arbeiten sich mehrere Hundert Staatsdiener, die früher bei den Staatsunternehmen Telekom und Post beschäftigt waren und jetzt beim Nachfolgeunternehmen Vivento unter Vertrag stehen, beim Zoll ein. Nach Beschluss des Haushaltsausschusses vor wenigen Wochen sollen sie aber wieder gehen, wenn das Verteidigungsministerium das Personal dann doch komplett bereit stellen kann. Leprich schimpft: „Diesen schwachsinnigen Verschiebeparkplatz darf der Finanzminister nicht mitmachen. Wenn sich die Leute von der Post und Telekom bewähren, darf man sie doch nicht nach zwei Jahren wieder nach Hause schicken.“

In den nächsten Monaten geben die einzelnen Bundesländer Zug um Zug die Kfz-Steuer an den Zoll ab. Nordrhein-Westfalen schaltet im Februar um, der Südwesten im April, bis zum 1. Juli muss der Wechsel von den Ländern zum

Bund endgültig vollzogen sein. Leprich sieht noch erhebliche Probleme: „Die Zollgewerkschaft ist sich zum jetzigen Zeitpunkt nur sicher, dass bis dahin die Computerprogramme laufen und einer grundsätzlichen Erhebung der Kfz-Steuer durch den Zoll nichts im Wege steht.“ Bei allem, was über die routinemäßige Erhebung hinaus geht, werde es aber schwierig. So sei etwa die Zahlungsmoral vieler Auto-

halter schlecht. Die Finanzämter verschickten jedes Jahr allein 50 Millionen Mahnschreiben. Vielfach zahlten die Autofahrer auch nicht nach mehrmaliger Mahnung. Leprich: „Ich mache mir große Sorgen, dass genügend Personal vorhanden ist, um dann die nötigen Vollstreckungsmaßnahmen zu ergreifen.“
(07/49/13)

DPOIG wehrt sich gegen Vorwürfe von Telekom-Chef

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hat sich gegen Vorwürfe des Telekom-Vorstandschefs Rene Obermann verwahrt, die Bundesregierung und die EU-Kommission würden die Abhöraffaire um den US-Geheimdienst NSA nur schleppend aufklären. „Herrn Obermann ist zu empfehlen, sich mit derart populistischen Vorwürfen zurückzuhalten“, sagte Verbandschef Rainer Wendt am 10. Dezember 2013 dem Internet-Portal Handelsblatt Online.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) habe seinerzeit rasch und im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft mit den USA alle Möglichkeiten genutzt, um möglichst viele Irritationen rasch auszuräumen. „Aber es ist schon eine recht naive Vorstellung, man könne eine solche Situation mit großem Empörungsgeschrei bewältigen, deshalb ist am Vorgehen des Innenministers nichts auszusetzen“, unterstrich Wendt. „Im Übrigen ist Herrn Obermann auch Bescheidenheit zu empfehlen, denn es ist nicht der Politik anzulasten, dass

Deutschland und Europa völlig auf amerikanische Entwicklungen angewiesen sind, dies ist ein klares Versäumnis der Industrie.“

Obermann hatte zur schleppenden Aufklärung der NSA-Affäre dem „Handelsblatt“ gesagt: „Ich verstehe die Leisetreterei nicht.“ Es sei „fahrlässig, dass so wenig geschieht“. Es sei Sache der Politik und nicht der Wirtschaft, gegenüber den USA die Einhaltung von Datenschutzstandards einzufordern.
(08/49/13)

GDL erklärt Scheitern der Tarifverhandlungen mit der DB zum Zukunft-Tarifvertrag

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat die Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn zum Zukunft-Tarifvertrag für gescheitert erklärt. Sie nimmt alle Forderungen zurück und fordert stattdessen den Abschluss einer Lizenzverlust-Versicherung. Kommt die DB dieser Aufforderung nicht nach, ruft die GDL ihre Mitglieder zu Streiks auf. Dies hat die Bundestarifkommission einstimmig beschlossen, wie die GDL am 6. Dezember 2013 mitteilte.

Hinter der GDL liegen mehr als zweieinhalb Jahre am Verhandlungstisch, fast zwei Jahre ohne wirksamen tariflichen und sozialen Schutz ihrer Mitglieder und ein ganzes Jahr, in dem sie einen völlig ungenügenden Demografie-TV akzeptieren sollte. Am Schluss dann noch ein Monat für ein Vermittlungsverfahren, in dem zwar alles sonnenklar wurde, aber keine Lösung auf den Tisch kam - das ist eine bittere Bilanz. „Doch nun ist Schluss mit lustig, die Geduld der DB-Lokomotivführer ist am Ende“, erklärte die Gewerkschaft.

Der Arbeitgeber sei definitiv nicht bereit, den Regeln des Eisenbahnmarktes und den Interessen der GDL-Mitglieder auch nur ansatzweise Rechnung zu tragen. Zwar verspreche der Arbeitgeber jedem im Konzern weiterhin Arbeit. Doch wo der neue Arbeitsplatz ist und zu welcher Bezahlung, will die DB weitestgehend unbehelligt vom Willen des Arbeitnehmers entscheiden können. „Die von der GDL geforderte Lizenzverlust-Versicherung soll das gesundheitliche Risiko unserer Lokomotivführer,

ihre Fahrdiensttauglichkeit zu verlieren, finanziell absichern“, so die Gewerkschaft weiter. Mit Blick auf das Durchschnittsalter der DB-Lokomotivführer von etwas mehr als 48 Jahren

und mit Blick auf ihre Belastung sei ein wirksamer Schutz bei gesundheitsbedingten Einschränkungen zwingend erforderlich. (09/49/13)

Öffentlicher Gesundheitsdienst will NS-Vergangenheit aufarbeiten

(dbb) Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), entstanden in der Zeit des Nationalsozialismus als „ein Selektionsapparat“ im Rahmen einer menschenverachtenden Biopolitik, will seine NS-Vergangenheit aufarbeiten. So wirkte das Vereinheitlichungsgesetz von 1934 mit seinen drei Durchführungsverordnungen auch ohne die nach dem Kriegsende entfernte nationalsozialistische „Erb- und Rassenpflege“ als Organisationsrahmen prägend auf Strukturen und Aufgabefelder des ÖGD der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende des 20. Jahrhunderts.

Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) hatte daher im Frühjahr 2012 eine Arbeitsgruppe gegründet, wie der Verband am 4. Dezember 2013 mitteilte. Ziel ist es, im Jahr 2014 ein medizinhistorisches Projekt auf den Weg zu bringen, das die Rolle des ÖGD im Nationalsozialismus zumindest ein Stück weit erhellt. Eine Einrichtung mit entsprechender Expertise soll deshalb Ende des Jahres nach einem Teilnehmerwettbewerb im Rahmen einer Ausschreibung mit dieser Aufgabe betraut werden. Fördermittel des Bundesministeriums für Gesundheit sind in Aussicht gestellt, das Land Baden-Württemberg und der Freistaat

Thüringen prüfen noch eine etwaige finanzielle Beteiligung an dem Projekt.

Dem engen Finanzrahmen geschuldet sind zwei Einschränkungen: Zum einen erfolgt geografisch eine Begrenzung auf zwei ehemalige Länder des Deutschen Reiches (Thüringen und Württemberg) und zum anderen zeitlich auf die zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945. Zumindest mittelfristig wird keine Gesamtdarstellung der Rolle des ÖGD im Nationalsozialismus erarbeitet werden können, da die Quellenlage zum jetzigen Zeitpunkt zu disparat ist, so der BVÖGD. (10/49/13)

BTE würdigt Anteil der Messtechniker an OPWC-Arbeit

(dbb) Der Anteil der Messtechniker an der Arbeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) ist vom BTE - Gewerkschaft Mess- und Eichwesen gewürdigt worden. Die OPCW war am 10. Dezember 2013 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden. Zur erfolgreichen Arbeit der Organisation hätten die Messtechniker, die mit ihren Waagen die Richtigkeit der Analysen von OPCW sicherstellen, entscheidend beigetragen, erklärte der BTE-Bundesvorsitzende Ronald Kraus.

Die OPCW ist eine unabhängige internationale Organisation, die durch die 189 Vertragsstaaten der 1997 in Kraft getretenen Chemiewaffenkonvention begründet wurde. Sie überwacht die Einhaltung und Umsetzung dieses Abkommens und legt die Rahmenbedingungen für die Vernichtung von Chemiewaffen fest.

Die Stärkung der internationalen Sicherheit ist das Ziel der zurzeit in Syrien aktiven OPCW-Techniker, die die Waffen untersuchen und

anschließend vernichten. Dafür ist eine gute Ausrüstung vonnöten. Der niederländische Waagenbauer PENKO Engineering B.V. unterstützt seit vielen Jahren OPCW mit mobilen Waagen für verschiedene Lasten. „Somit ist der Nobelpreis auch eine Ehrung für Ihre Ingenieure und Techniker“, sagte Kraus am 11. Dezember 2013 im Gespräch mit Vincent M. van der Wel, dem Gründer von PENKO Engineering B.V. (11/49/13)

Lehrerverbände fordern bessere MINT-Bildung

(dbb) Auf dem 1. MINT-Lehrerkongress am 5. Dezember 2013 in Berlin hat der Deutsche Lehrerverband (mit den Lehrervertretungen BLBS, DPhV, VDR, VLW) zehn Thesen vorgestellt, die die Notwendigkeit einer vertieften Bildung in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) untermauern sollen.

„Deutschland steuert auf eine riesige Fachkräftelücke im Bereich der sogenannten MINT-Berufe hin“, erklärte der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm. „Gerade qualifizierte Fachkräfte, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen haben, haben beste Zukunftschancen und werden mehr denn je in den international hervorragend aufgestellten Hochtechnologieunternehmen und im deutschen Handwerk benötigt.“

In den Thesen fordern die Lehrerverbände unter anderem eine individuelle Förderung in den MINT-Fächern, mehr Praxisbezug des Unterrichts und eine verbesserte technische Ausstattung. Zudem wird die Schaffung eines bundesweiten bildungspolitischen Dialogkreises von Lehrerverbänden und politisch Verantwortlichen des Bundes und der Länder zum Thema MINT-Bildung an Schulen vorgeschlagen. (12/49/13)

DPhV warnt vor Lehrern ohne Ausbildung

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat die Konferenz der Kultusminister aufgefordert, Seiteneinsteiger im Lehrerberuf nur im Ausnahmefall zuzulassen und dafür klare Qualitätskriterien zu benennen.

Im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 4. Dezember 2013) zeigte sich der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger sehr besorgt, dass schon heute sechs Prozent aller Lehrkräfte weder ein Lehramts-Studium noch ein Referendariat absolviert hätten. „Die Tendenz ist stark steigend“, warnte er. Schülern sei nicht zuzumuten, von Personen unterrichtet zu werden, die über keinerlei pädagogische Ausbildung und Erfahrung verfügten.

Meidinger appellierte daher an die Kultusminister, dass Seiteneinstieg auch in Mangelfächern die absolute Ausnahme bleiben sollte. Zudem bedauerte der Verbandsvorsitzende die großen Differenzen der Bundesländer in dieser Frage. Sachsen-Anhalt, Bayern und Hamburg achteten am meisten auf Qualität, während Mecklenburg-Vorpommern die Türen für Seiteneinsteiger weit öffnen wolle. (13/49/13)

BLBS nach PISA: Wir sind auf dem richtigen Weg

(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat „erfreut zur Kenntnis genommen“, dass sich bei der neuesten PISA-Studie Verbesserungen ergeben haben. Der BLBS-Bundesvorsitzende Eugen Straubinger erklärte am 11. Dezember 2013: „Wir sind auf dem richtigen Weg.“ Es gebe allerdings noch viel zu tun, um die Schülerinnen und Schüler in den beruflichen Schulen vor allem in den MINT-Fächern bestmöglich auszubilden.

Für diese Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) werden gerade neben der Lesekompetenz gute mathematische und naturwissenschaftliche benötigt, so Straubinger weiter. Wenn sich in diesen Bereichen das Können der Schüler verbessert, werden diese sicher auch leichter MINT-Berufe wählen. Darüber sind sich die Wirtschaft und alle Leh-

rerverbände einig. „Es ist allen verantwortlich denkenden Personen bekannt, dass Deutschland und gerade die deutsche Wirtschaft in diesen Bereichen einen Nachholbedarf hat“, so Straubinger. (14/49/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb unterstützt eine Online-Petition gegen die gesetzlich erzwungene Tarifeinheit. Das hat die dbb Bundesleitung am 9. Dezember 2013 beschlossen. Die Petition richtet sich gegen das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte Vorhaben, den „Grundsatz der Tarifeinheit“ per Gesetz festzuschreiben. „Wir haben wiederholt auf unterschiedlichsten Wegen gegen die Pläne der zukünftigen Koalitionäre protestiert. Die Initiative vom Marburger Bund ist dabei ein weiterer Baustein in der Mauer zur Verteidigung der Gewerkschaftsfreiheit“, sagte der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** in Berlin. Hinter dem im Koalitionsvertrag beschriebenen Vorhaben verbirgt sich der Wunsch insbesondere der Arbeitgeber, den Grundsatz „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag – eine Gewerkschaft“ gesetzlich festzuschreiben. Demnach dürfte nur noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft in einem Betrieb mit den Arbeitgebern Tarifverträge aushandeln. So würde auch das Streikrecht ausgehöhlt. „Mit der in Artikel 9 des Grundgesetzes garantierten Koalitionsfreiheit ist das überhaupt nicht zu vereinbaren“, so Dauderstädt weiter. „Je schneller das Vorhaben beerdigt wird, desto besser.“

Kleine Schokoladentafeln hat der Niedersächsische Beamtenbund NBB vom „Weihnachtsmann“ am 11. Dezember 2013 als vorweihnachtlichen Gruß an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen übergeben lassen und damit auf den „Wunschzettel“ der Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von Land und Kommunen aufmerksam gemacht. Der NBB-Landesvorsitzende **Friedhelm Schäfer** sagte: „Wir halten die Erhöhung der Besoldung und Versorgung bereits zum 1. Januar 2014 um 2,95 Prozent weiterhin für alternativlos und fordern ergänzend die Wiedereinführung des ‚Weihnachtsgeldes‘, um so den vorhandenen Besoldungs- und Versorgungsrückstand von über 8 Prozent abzubauen.“ Er appellierte an alle Abgeordneten, sich ihrer Verpflichtung und Verantwortung dem Personal gegenüber bewusst zu sein und sich für die Umsetzung dieser Forderung stark zu machen.

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat Plänen zum Abbau Tausender Arbeitsplätze bei der Telekom-Tochtergesellschaft T-Systems eine klare Ab-

sage erteilt. In Medienberichten war die Rede von einem „drastischen Sparkurs“: So sollten in den nächsten drei Jahren etwa 6.000 bis 8.000 Arbeitsplätze durch die Neuausrichtung der IT-Sparte gestrichen werden. Dazu erklärte die **DPVKOM** am 3. Dezember 2013, die Wettbewerbssituation in der IT-Sparte sei ihr bewusst, „jedoch gibt es andere Mittel und Wege, die Sparte wieder auf sichere Beine zu stellen“. Eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, die nur das Ziel hat, sich von Personal zu trennen, lehne die DPVKOM entschieden ab. Zudem befürchte die DPVKOM, dass die Telekom erstmals in ihrer Geschichte auch vor betriebsbedingten Kündigungen nicht zurückschrecken will. „Wir erwarten vom Vorstand der Telekom und der T-Systems ein Umdenken und Verhandlungen über die Zukunft der IT-Sparte innerhalb des Konzerns Deutsche Telekom AG“, hieß es.

Im Kampf gegen Wohnungseinbrüche hat die Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder eine Abwrackprämie für alte Fenster und Türen vorgeschlagen. Wer „alte gegen einbruchhemmende Türen“ tauscht, soll demnach mit bis zu 400 Euro belohnt werden. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) plädierte für die Prämie. „Der Staat muss für die Finanzierung einer Abwrackprämie für alte Fenster und Türen einspringen. Was für die Ankurbelung unserer Autoindustrie gut war, muss doch erst recht für die Sicherheit der Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld gelten“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** der „Welt“ (Ausgabe vom 5. Dezember 2013).

Die derzeit diskutierte Abschaffung von Hausaufgaben an Schulen ist unter Wissenschaftlern und Lehrern gleichermaßen umstritten. Der Deutsche Philologenverband (DPhV) sieht in der elterlichen Unterstützung bei den Hausaufgaben eine wichtige Ergänzung zur Schule. Zwar könne das zu Ungleichheit führen, räumte der DPhV-Bundesvorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** am 5. Dezember 2013 auf FAZ.NET ein. Aber der berechtigte Versuch, die Schwachen zu stärken, dürfe nicht dazu führen, dass die Starken geschwächt würden, so Meidinger. (15/49/13)